

# BZ. BERNER ZEITUNG

BZ. BERNERZEITUNG.CH



## Raeto Raffainer solls beim SC Bern richten

**Eishockey** Raeto Raffainer, derzeit Sportchef beim HC Davos, wechselt überraschend nach Bern. Als Leiter der Sportabteilung soll er den Club wieder auf Kurs bringen. **Seite 15**

## YB gewinnt nach Kaltstart gegen Lugano

**Fussball** Die Young Boys konnten das erste Spiel im neuen Jahr mit zwei Toren für sich entscheiden. Erst in der zweiten Halbzeit waren sie aber richtig auf Touren gekommen **Seite 16**

## Mehr Spass!

**Interview** Autorin Marian Donner empfiehlt, den Selbstoptimierungswahn links liegen zu lassen. **Seite 22**



AZ Bern, Nr. 16 | Preis: CHF 4.60 (inkl. 2,5% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN

**Heute** 0°/7°  
Wechselnd bewölkt mit vor allem in Juranähe etwas Regen, im Oberland Föhn.

**Morgen** 2°/7°  
Veränderlich bewölkt und lange trockene Phasen, im Oberland weiterhin föhnig.

Seite 26

Heute

### Bremgarten setzt auf Empfehlungen

**Coronavirus** In Bremgarten gab es wahrscheinlich eine Infektion mit dem mutierten Coronavirus. Strengere Regeln, als der Kanton vorschreibt, will die Gemeinde nicht erlassen. Derweil gibt es auch in Köniz einen Verdacht auf das mutierte Virus. **Seite 2**

### Friedhofsgärtnerei bleibt aussen vor

**Lyss** Weil die Gemeinde den Friedhof künftig selber pflegen will, lässt sie den bisherigen Vertrag mit Immergrün Gartenbau auslaufen. Für das Unternehmen ist es ein Schock, Entlassungen liegen in der Luft. **Seite 9**

### Der Berner, der in Deutschland ein Star ist

**Automobil** Der Thuner Nico Müller ist als zweimaliger Gesamtzweiter der populären DTM eine Sportgrösse in Deutschland. Ob der 28-Jährige weiterhin in dieser Serie starten wird, ist aber ungewiss. **Seite 18**

### Meine Stube ist auch eine Galerie

**Kunst** Die Berner Galerie Soon ist im Lockdown. Statt einer Ausstellung gibts eine frische Idee: Die Gemälde werden vermietet – und wer ein Bild least, bekommt auch einen kleinen Vernissage-Apéro mitgeliefert. **Seite 23**

### Was Sie wo finden

|              |    |
|--------------|----|
| Unterhaltung | 19 |
| Forum        | 25 |
| TV/Radio     | 27 |

|               |   |
|---------------|---|
| Anzeigen      |   |
| Todesanzeigen | 8 |

### Wie Sie uns erreichen

|                  |                            |
|------------------|----------------------------|
| Zentrale Bern    | 031 330 31 11              |
| Abo-Service      | 0844 844 466 (Lokalstar)   |
| Redaktionen      |                            |
| Burgdorf         | 034 409 34 34              |
| Bern             | 031 330 33 33              |
| Redaktion E-Mail | redaktion@bernerzeitung.ch |
| Anzeigen         | 031 330 33 10              |

BZ. BERNER ZEITUNG



# Abfallexperte fordert mehr Kontrollen in Kiesgruben

**Mitholz** Ein Berner Unternehmen deponierte in mehreren Kiesgruben illegal Abfall. Die Behörden haben nichts davon gemerkt. Jetzt werden Forderungen laut.

Marius Aschwanden

Für den Geologen und Entsorgungsexperten Marcos Buser ist klar: Die neusten Recherchen im Fall Blausee fördern ein «dramatisches Versagen der Aufsichtsbehörden» zutage. Die Kontrolle der Entsorgungsketten von weniger stark verschmutztem Abfall sei komplett der Privatwirtschaft übergeben worden.

«Jetzt sehen wir auf erschreckende Art und Weise, dass dies nicht funktioniert», sagt Buser.

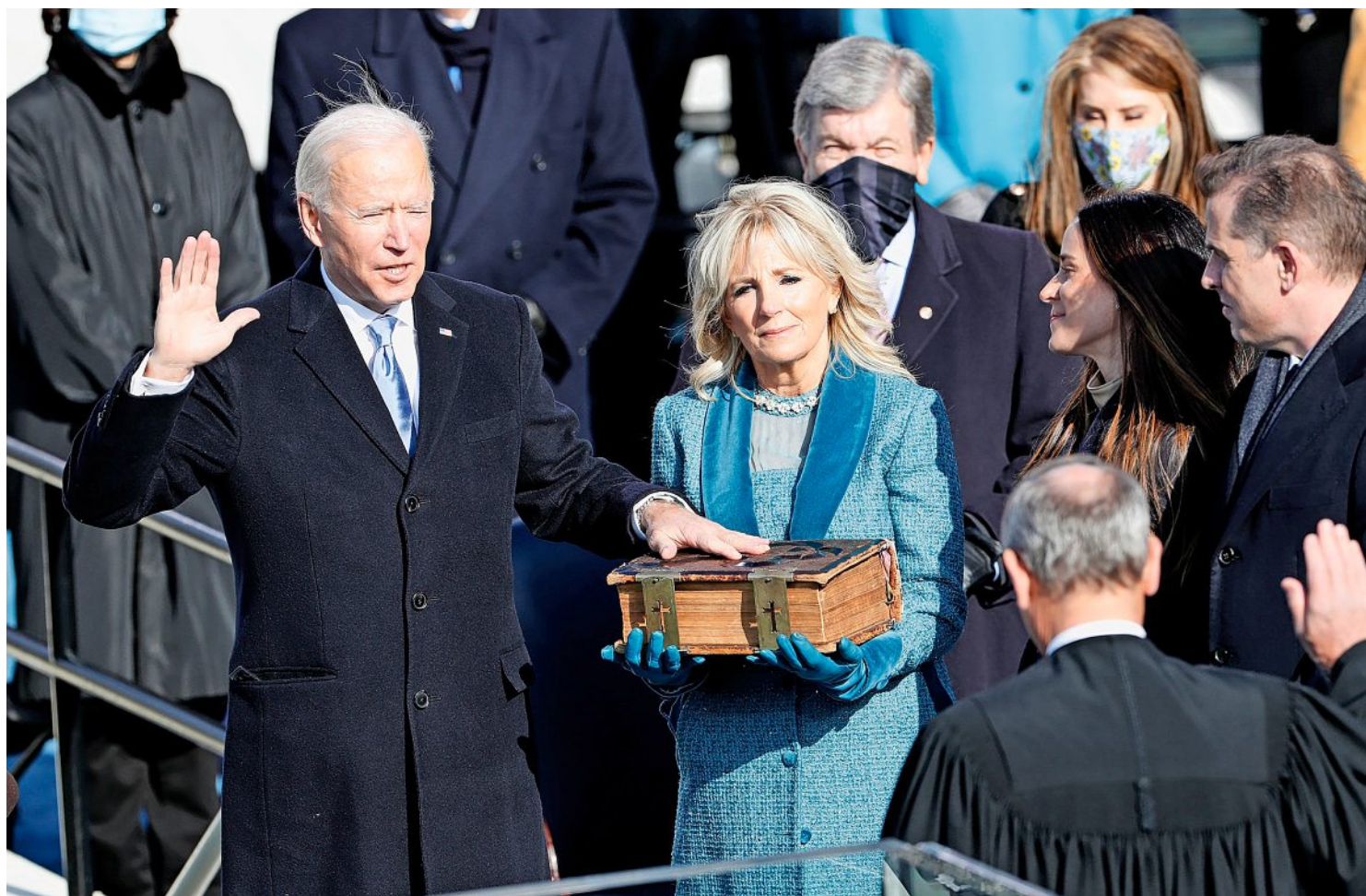
Gestern machten diese Zeitung und die SRF-«Rundschau» publik, dass ein kleines Berner Transportunternehmen Hunderte Tonnen verschmutzten Pressschlamm aus der Wäsche von Bodenaushub in den Steinbruch Mitholz brachte. So sparte das Unternehmen Deponiekosten.

Eigentlich hätte der belastete Abfall auf eine teure Inertstoffdeponie gehört.

Doch Mitholz ist kein Einzelfall. Die Firma zog ihre Masche auch in mindestens vier anderen Gruben in den Kantonen Bern und Solothurn durch. Dies belegen Dokumente sowie Aussagen von beteiligten Chauffeuren. Die Aufsichtsbehörden haben davon offenbar nichts gemerkt.

Der zuständige Berner SVP-Regierungsrat Christoph Neuhaus wollte mit Verweis auf das laufende Strafverfahren jedoch keine Fragen beantworten. Klar ist: Die neusten Erkenntnisse werden in die Ende Jahr angelaufene Untersuchung der grossräumlichen Geschäftsprüfungskommission aufgenommen, wie deren Präsident Peter Siegenthaler (SP) sagt. **Seite 2+3**

## Joe Bidens Versprechen



**Amtseid** Mit der Hand auf einer historischen Familienbibel aus Irland legte der neue US-Präsident Joe Biden vor dem Capitol den Amtseid ab. Er versprach, ein Präsident aller Amerikaner zu sein und rasch zu handeln, um amerikanischen Familien Hilfe zukommen zu lassen. (red) **Seite 12+13** Foto: Getty Images

## «Gleichstellung wird sich nie erledigt haben»

**Stadt Bern** Heute nimmt das neu gewählte Parlament der Stadt Bern seinen Betrieb auf. Gut anderthalb Jahre nach dem nationalen Frauenstreik und im Jahr des Frauenstimmrechtsjubiläums besteht der Stadtrat zu rund 70 Prozent aus Frauen – so vielen wie noch nie und mehr als sonst wo in der Schweiz. Zu diesem Anlass empfing diese Zeitung Alt-Stadt-, -Gross-, -Natio-

nal- und -Regierungsrätin Leni Robert sowie die Stadträtinnen Regula Bühlmann (GB) und Florence Schmid (JF) zum Generationengespräch. Vom hohen Frauenanteil im Stadtrat wollen sie alle nicht viel Aufhebens machen. Bei anderen Gleichstellungsfragen – etwa zum Ruf nach einer Frauenquote – gingen die Meinungen dagegen auseinander. (hae) **Seite 6+7**

## Pferdefieber schreckt Rösseler-Szene auf

**Region Bern** In einer Pferdepenion in Belp sind sechs Pferde an Fieber erkrankt. Zwei Tiere mussten eingeschläfert werden. Der Fall sorgt für Aufregung bei den Rösselern. «Dass in einem Betrieb gleich sechs Fälle auf einmal vorkommen, ist aussergewöhnlich», sagt Beat Wampfler, Cheftierarzt des Nationalen Pferdezentrums in Bern. Die genaue Ursache sei aber noch nicht be-

kannt. Eines der toten Tiere wird derzeit im Tierspital Bern untersucht. Wampfler rechnet damit, dass es sich um eine normale Grippe handelte. Seit einer Woche ist der Betrieb fieberfrei. Das Virus, so schrieb er in einer Stellungnahme, habe sich nicht auf andere Ställe ausgebreitet. Allerdings ist noch unklar, ob es sich überhaupt um ein Virus handelt. (rei) **Seite 5**

## Die Schulen bleiben offen

**Kanton Bern** Auch bei den Gymnasien sehen die Behörden noch keinen Anlass für Fernunterricht.

Die Schulen sollen so lange wie möglich offen bleiben. Diesen Grundsatzentscheid fällte der Bundesrat gestern in Absprache mit den Kantonen und der unabhängigen wissenschaftlichen Covid-Taskforce. Bei der Berner Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) stösst dieser Beschluss auf volle Zustimmung. Vor allem Kinder, die zu Hause wenig Unterstützung haben, könnten sonst grosse schulische Defizite einfahren, die sie nur schwer wieder aufholen können.

Auch zeigen die Zahlen der Behörden nach wie vor, dass die Schulen kein Treiber der Pandemie sind – sogar in den Gymnasien und Berufsschulen. Diesen Schulen seien bereits nach den Sommer strengen Regeln gesetzt worden, heisst es seitens BKD. Die Fallzahlen werden seitdem wöchentlich erhoben. «Nach einem kurzen Anstieg Ende Oktober sind sie laufend zurückgegangen», sagt Iris Frey, Sprecherin der BKD. So waren per Ende letzter Woche nur 1,3 Prozent der Schüler auf der Sekundarstufe II wegen Quarantänemassnahmen ausgefallen – nur 0,3 Prozent davon wurden positiv auf Covid getestet. «Wie weit sich die neuen Quarantäneregeln infolge des mutierten Virus auf die Zahlen auswirken, ist noch nicht klar», so Frey. (qsc) **Seite 2, 11**

## Bundesrat will Postfinance privatisieren

**Banken** Der Bundesrat will die Postfinance aus der Post herauslösen und verkaufen. So soll die Bank ihre drängendsten Probleme lösen können. Sie dürfte dann nämlich Hypotheken anbieten und neue Einnahmequellen erschliessen, zudem könnte sie die von der Aufsicht geforderten Eigenmittel aufbauen. Ursprünglich strebte der Bundesrat an, dass die Postfinance Kredite und Hypotheken ausgeben dürfen und teilprivatisiert werden würde. Nach Kritik im Vernehmlassungsprozess ist er nun umschwenkt. Die neuen Pläne werden von SP, Grünen und Gewerkschaften kritisiert. Sie fordern stattdessen eine staatliche Klimabank. SVP, FDP und GLP befürworten den Verkauf – wenn die Bank vollständig privatisiert wird. Die Kunden hätten mehr Auswahl, wenn die Postfinance Kredite und Hypotheken vergeben könnte. (phf/jb) **Seite 21**

## Bremgarten stellt FFP2-Masken für Lehrkräfte bereit

**Mutiertes Coronavirus** Im Kampf gegen das Coronavirus setzt Bremgarten auf Empfehlungen.

Das Coronavirus hält die Gemeinde Bremgarten auf Trab. 155 Schülerinnen und Schüler befinden sich in Quarantäne, nachdem zwei Schulkinder positiv auf Corona getestet wurden.

Weil sie sich in Wengen angesteckt hatten, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es sich um die ansteckendere Virus-Variante B.1.1.7 handelt. Ein Nachweis war wegen ungenügender Virenmenge nicht mehr möglich, schreibt die kantonale Gesundheitsdirektion auf Anfrage.

Besteht der Verdacht auf eine mutierte Virusvariante, kommen strenger Regeln zum Zug, die dazu führen, dass mehr Personen in Quarantäne geschickt werden. Die Personen, die sich zurzeit in Bremgarten in Quarantäne befinden, sind dazu aufgefordert, sich testen zu lassen.

Um die Ausbreitung des mutierten Virus zu verhindern, ruft die Gemeinde dazu auf, die Schutzmassnahmen strikt einzuhalten. Darüber hinaus stellt die Gemeinde in Absprache mit der Schulleitung den Lehrpersonen FFP2-Masken zur Verfügung – eine Massnahme, die auch der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer fordert. Ebenso empfiehlt Bremgarten Kindern der 5. und 6. Klasse, Masken zu tragen.

Gemeindepräsident Andreas Schwab (SP) betont, dass es sich dabei um Empfehlungen handelt. Denn für ihn ist klar: Der Lead für die Schutzmassnahmen liegt beim Kanton, die Gemeinde vollzieht. «Wir wollen nicht strenger sein als der Kanton. Es wäre auch nicht förderlich, wenn jede Schule eigene Zeichen setzt.»

Ob die Massnahmen ausreichen, um das Virus einzudämmen, wird sich zeigen. Sollte es sich weiter ausbreiten, brauche es allenfalls strengere Massnahmen, beispielsweise Schul- oder Klassenschliessungen. Auch dieser Schritt, so ist Andreas Schwab der Auffassung, müsste der Kanton verfügen. Die Gemeinde würde den Beschluss dann umsetzen.

Auch die Gesundheitsdirektion pocht auf die Einhaltung der geltenden Schutzmassnahmen. FFP2-Masken empfiehlt sie zurzeit nicht. Die Evidenzlage werde aber laufend überprüft und sollte sich zeigen, dass Anpassungen notwendig sind, würden diese unverzüglich folgen.

### Quarantäne auch in Köniz

Auch in Köniz ist derzeit eine Schulklasse in Quarantäne. Ein Schüler hatte Kontakt mit einer Person, die sich mit der Virusvariante B.1.1.7 infiziert hatte. Beim Schüler selbst liegt noch kein positives Testergebnis vor. Die Schulleitung verhängte präventiv eine Quarantäne, beim Kantonsarzt ist der Fall in Abklärung.

«Wir haben bereits zahlreiche Anrufe von Eltern erhalten, die sich über die neuen Quarantäneprotokolle erkunden», sagt Gemeinderat Hans-Peter Kohler. «Derzeit sehe ich aber noch keinen Grund, etwas an der geltenden Praxis zu ändern.» Man müsse zuerst mehr über die neue Virusvariante herausfinden, bevor man allenfalls die Quarantäneregeln lockern könne.

Quentin Schlapbach und Stephanie Jungo

# «Ein dramatisches Versagen der

**Umweltskandal Mitholz** Eine Berner Firma hat in diversen Kiesgruben belasteten Pressschlamm entsorgt. Abfallexperte Marcos Buser fordert mehr Kontrollen durch die kantonale Baudirektion.

### Marius Aschwanden

Marcos Buser hat schon viel gesehen. Seit über 40 Jahren ist der Geologe in der Abfallentsorgung tätig und hat sowohl in der Schweiz wie auch im Ausland grosse Projekte betreut. Er machte sich insbesondere einen Namen als Kritiker der Schweiz im Umgang mit ihrem Atommüll.

Was aber die Recherchen von dieser Zeitung und der SRF-«Rundschau» im Fall Blausee zum Vorschein bringen, macht sogar einen wie Buser sprachlos. «Die Vorkommnisse zeigen, wie viel kriminelle Energie in der Abfallbranche noch vorhanden ist», sagt er. Und weiter: «Wenn eine Firma so geschäftet, dann machen es vermutlich andere auch so.»

Was ihn derart schockiert: Eine kleines Berner Transportunternehmen brachte Hunderte Tonnen verschmutzten Pressschlamm aus der Wäsche von Bodenaushub in den Steinbruch Mitholz. So sparte das Unternehmen Deponiekosten. Eigentlich hätte der belastete Abfall auf eine teure Inertstoffdeponie gehört. Doch im Steinbruch wurde der Schlamm als unverschmutzter Aushub deklariert. Die Ablagerung war so viel günstiger. Nur: Die Grube ist gar keine Deponie und liegt in einem heiklen Grundwassergebiet oberhalb des Blausees.

### Illegale Entsorgung an mehreren Standorten

Die Recherchen zeigen zudem: Das Unternehmen zog seine Masche nicht nur in Mitholz durch. Vielmehr brachte es solche Inertstoffe oder verschmutzten Aushub von zwei Zürcher Abgabebetrieben auch in andere Gruben, wo diese Art von Material zumindest teilweise nichts verloren hat. Dies belegen Transportabrechnungen, die dieser Zeitung vorliegen, sowie die Aussagen von Chauffeuren, die die Transporte durchgeführt haben.

Demnach dürften auch die Kiesgruben in Trub im Emmental, in Bümberg, in Finsterhennen und in Aebisholz sowie die Deponie in Jaberg betroffen sein. Es gibt zudem Anzeichen dafür, dass noch mehr Orte von den Lastwagenchauffeuren angefahren wurden.

Das Vorgehen der Berner Firma glich sich in all diesen Fällen. Manchmal deklarierten die Fahrer das Material auf Anweisung des Chefs als «unverschmutzt» oder weniger verschmutzt, als es tatsächlich war, beinahe immer fälschten sie den Herkunftsort und erfanden Berner Baustellen, damit der ausserkantonale Abfall ohne Erlaubnis der Behörden überhaupt angenommen wurde. Dies stets mit dem Ziel, Deponiegebühren zu sparen. Nicht immer ging die Rechnung aber auf. Gemäss Chauffeuren sei es ab und zu vorgekommen, dass sie nicht kippen durften, weil die Leute vor Ort Verdacht schöpften – so etwa in Jaberg.

Abfallexperte Marcos Buser sagt zwar, dass Inertstoffe nicht per se problematisch seien. Aber: «Sie müssen vom Wasserkreislauf ferngehalten werden. Eine Inertstoffdeponie in einer Ge-

## «Die Vorkommnisse zeigen, wie viel kriminelle Energie in der Abfallbranche noch vorhanden ist.»

Marcos Buser Entsorgungsexperte

wässerschutzzone ist undenkbar.» Der Steinbruch Mitholz etwa liegt aber genau in einer solchen Zone. Und: Der Untergrund ist leicht durchlässig. «Das feine Material des Pressschlammes und die darin enthaltenen Schadstoffe könnten dort also durchaus ins Grundwasser gelangt sein», sagt Buser.

### «Wir sehen, dass dies nicht funktioniert»

Dass gleich mehrere Kiesgruben und Deponien in verschiedenen Kantonen betroffen sind, zeigt für ihn zudem ein «dramatisches Versagen der Aufsichtsbehörden».



Wenn nötig muss der Steinbruch saniert werden: Blausee-Mitbesitzer Stefan Linder fordert eine lückenlose Aufklärung. Foto: Susanne Keller



Kritik an der Selbstkontrolle: Entsorgungsexperte Marcos Buser fordert eine stärkere behördliche Aufsicht.

Die Kontrolle der Entsorgungsketten von weniger stark verschmutztem Abfall sei komplett der Privatwirtschaft übergeben worden. «Jetzt sehen wir auf erschreckende Art und Weise, dass dies nicht funktioniert», sagt Buser.

Die kantonalen Behörden würden sich mit der Kontrolle von Jahresberichten zufriedengeben. Was vor Ort aber tatsächlich geschieht, wissen sie vielfach nicht. Und die Kiesabbaustellen oder Deponien selbst kontrollieren teilweise nur mangelhaft, was für Material bei ihnen angeliefert wird, wie der vorliegende Fall zeigt. Dabei wären sie ge-

setzlich dazu verpflichtet. Deshalb fordert Buser eine stärkere Kontrolle durch die Behörden. Denkbar wäre für ihn etwa, das Überwachungssystem beim Sonderabfall auch auf die weniger stark verschmutzten Materialien anzuwenden. Bei den sogenannten kontrollpflichtigen Abfällen wissen die Kantone und der Bund aufgrund der definierten Prozesse mit Kontrollscheinen viel genauer, was wohin gebracht wird. «Das braucht es auch bei Inertstoffen. Denn auch sie können Giftstoffe enthalten, die für die Umwelt problematisch sind», so Buser.

## «Das gesamte Areal muss in den Kataster der belasteten Standorte aufgenommen werden.»

Stefan Linder Mitbesitzer Naturpark Blausee.

Tatsächlich fragt man sich, wie das alles geschehen konnte, ohne dass die Behörden etwas gemerkt haben. Der zuständige Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) wollte die Fragen dieser Zeitung nicht beantworten. Er verwies auf das laufende Strafverfahren. Auch zur Kritik Busers an der Aufsichtspraxis des Kantons wollte sich der Baudirektor nicht äussern.

In einem Interview im letzten September sagte Neuhaus aber, dass ihm schlicht die Ressourcen fehlen würden, um in jeder Kiesgrube vor Ort Kontrollen durchzuführen. Bei 130 Materialabbaustellen könne der Kanton nicht alles wissen, so der SVP-Regierungsrat.

Die Frage des Aufsichtsversagens dürfte insbesondere die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Rates interessieren. Diese hat Ende Jahr eine Untersuchung im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in Mitholz aufgenommen. Bereits vor drei Jahren kam die Kommission bei den Untersuchungen zum Berner Kieskartell zum Schluss, dass der Kanton seine Aufsicht über den Bereich Abfall, Deponie und Transporte nicht genügend wahrnimmt.

Nun sagt SP-Grossrat und GPK-Präsident Peter Siegenthaler: «Ich bin erstaunt, dass sich in der Zwischenzeit beim Kan-

# Behörden»



Foto: Urs Jaudas

ton nicht viel verbessert hat.» Für ihn ist deshalb klar, dass die neusten Erkenntnisse bei der GPK-Untersuchung zum Blausee «eine grosse Relevanz» haben werden.

## «Bankrotterklärung für die Aufsicht»

Erschüttert von den Recherchen zeigt sich auch Natalie Imboden, Co-Präsidentin der Grünen. «Offenbar haben wir ein Problem», sagt sie. Die Dimensionen des Falls seien «skandalös». In erster Linie seien zwar klar die Deponiebetreiber in der Pflicht, zu kontrollieren, was für Material

sie annehmen. «Wenn das aber nicht funktioniert, dann braucht es mehr staatliche Kontrolle», so die Grossrätin. Der Kanton müsse über die Bücher und die Laissez-faire-Politik ein Ende haben.

Dass der Chef des Berner Transportunternehmens seinen Chauffeuren gesagt hat, je weiter man in den Westen fährt, desto weniger streng seien die Vorgaben, bezeichnet Imboden als «Bankrotterklärung für die Aufsicht». «Es kann doch nicht sein, dass man in der Branche weiss, dass in Bern niemand hinschaut.»

Auch auf bürgerlicher Seite reagiert man schockiert. SVP-Grossrat Ernst Wandfluh aus Kandergrund sagt mit Blick auf die Situation in Mitholz: «Jetzt muss genau abgeklärt werden, wie giftig das Material tatsächlich war.» Immerhin einen Lichtblick gibt es für ihn: In Analysen des Trinkwassers wurden in den letzten Monaten keine Schadstoffe nachgewiesen. Aber: «Sollte es einen Zusammenhang zwischen den Fischsterben beim Blausee und dem Steinbruch geben, schliesse ich eine Sanierung der Grube nicht aus», so Wandfluh.

## Muss das Material ausgegraben werden?

Stefan Linder, Mitbesitzer des Naturparks Blausee, hört solche Aussagen gerne. Auch für ihn ist klar: «Das gesamte Areal muss in den Kataster der belasteten Standorte aufgenommen und vermutlich saniert werden.» Auch wenn dies bedeuten könnte, dass die anstehenden Grossprojekte im Kandertal dadurch verzögert werden. Denn sowohl für den Ausbau des Basistunnels als auch die Räumung des Munitionslagers wird ein Teil des Steinbruchs für einen Installations- respektive Sprengplatz benötigt.

Recherchehinweise an: marius.aschwanden@bernerzeitung.ch



Kein Kommentar: SVP-Baudirektor Christoph Neuhaus äussert sich nicht zu den neusten Blausee-Recherchen. Foto: Raphael Moser

## Von 1000 Berner Gymnasiasten hatten bisher nur 3 Covid-19

**Schulen** Der Kanton Bern hält am Präsenzunterricht fest. Eine Maskenpflicht für Schüler der 5. und 6. Klasse steht zur Debatte.

Die Schulen bleiben offen. Nachdem sich der Bundesrat in den letzten Wochen schrittweise von seiner liberalen Corona-Politik verabschiedet hatte, bleibt dieser Grundsatz weiterhin bestehen. Schulschliessungen hätten zu negativen Folgen auf die psychische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen sowie auf deren Bildungsverläufe, argumentierte der Bundesrat am Mittwoch in einer Stellungnahme.

Seinen Entscheid hat der Bundesrat eng mit den kantonalen Erziehungsdirektoren sowie der unabhängigen wissenschaftlichen Corona-Taskforce abgesprochen. Die Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern (BKD) bestätigt denn auch auf Anfrage, dass sie die Position des Bundesrats voll und ganz teile.

Kategorisch könne man eine Umstellung zum Fernunterricht jedoch noch immer nicht ganz ausschliessen – vor allem wegen der aktuellen Unsicherheiten mit der britischen Virus-Variante B117. «Sollte die epidemiologische Lage dies erfordern, so können die Schulen den Unterricht rasch umstellen. Sie sind darauf vorbereitet», versichert Iris Frey, Sprecherin der BKD. Schülerinnen und Schüler, die zu Hause nur wenig Support erhalten, würden jedoch auch in diesem Fall in Kleinstgruppen zusätzlich unterstützt werden.

### Die Fallzahlen sinken

Dass in der Volksschule weiterhin der Präsenzunterricht gilt, kommt wenig überraschend. Wahrscheinlicher war hingegen ein Paradigmenwechsel bei der Sekundarstufe II, also Gymnasien und Berufsschulen. Dort wären die sozialen Folgen einer Schulschliessung deutlich geringer, so die einhellige Meinung. Derzeit läuft sogar schweizweit eine Online-Petition, welche den Fernunterricht für Berufsschulen fordert. Bereits über 38'000 Personen haben unterschrieben. «Die Gymnasiasten müssen möglichst schnell in den Fernunterricht», forderte auch Epidemio-

**«Sollte die epidemiologische Lage dies erfordern, so können die Schulen den Unterricht rasch umstellen. Sie sind vorbereitet.»**

### Iris Frey

Sprecherin der Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern.

loge Marcel Tanner am Sonntag noch in einem Interview mit dieser Zeitung.

Beim Kanton Bern sieht man das aber nach wie vor anders. Diesen Schulen wurden bereits nach den Sommerferien strenge Rahmenbedingungen gesetzt, heisst es seitens Bildungsdirektion. Die Fallzahlen werden seitdem wöchentlich erhoben. «Nach einem kurzen Anstieg Ende Oktober sind sie laufend zurückgegangen», sagt Iris Frey. So waren per Ende letzter Woche nur 1,3 Prozent der Schülerinnen und Schüler auf der Sekundarstufe II wegen Quarantäne-Massnahmen ausgefallen – nur 0,3 Prozent davon wurden positiv auf Covid getestet. «Wie weit sich die neuen Quarantäneregeln infolge des mutierten Virus auf die Zahlen auswirken, ist noch nicht klar», so Frey.

Auch bei Berner Bildungspolitikern kommt der Grundsatzentscheid des Bundesrats gut an. «Wir müssen alles daran setzen, dass die Volksschule offen bleibt», sagt Hans Peter Kohler, Vorsteher der Bildungsdirektion Köniz und FDP-Grossrat. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten sei es enorm wichtig, dass sie im Präsenzunterricht betreut werden. Als ehemaliger

Chefarzt des Spitals Tiefenau kann Kohler diese Position auch aus medizinischer Sicht gut verantworten. «Die Volksschulen sind nicht Treiber der Pandemie», hält er klar fest.

Etwas anders beurteilt aber der FDP-Grossrat die Situation für die Sekundarstufe II. Hier müssen viele Jugendliche mit dem öffentlichen Verkehr anreisen – teils sogar aus anderen Kantonen, gibt Kohler zu bedenken. Nicht zuletzt wegen der Anreise seien diese Schulen für das gesamte Infektionsgeschehen wesentlich relevanter. «Wenn sich die Lage in den nächsten Tagen verschlechtern sollte, wäre auch im Kanton Bern die Umstellung auf Fernunterricht für die Sekundarstufe II deshalb der erste Schritt», so Kohler. Die Volksschulen hingegen sollten erst geschlossen werden, wenn es wirklich nicht mehr anders gehe.

### Masken für Fünftklässler?

Rückendeckung erhält die Politik momentan auch noch von den Lehrerinnen und Lehrern. «Wir können hinter dem Entscheid stehen», sagt Stefan Wittwer, stellvertretender Geschäftsführer vom Berufsverband Bildung Bern. «Wenn sich die neuen Virus-Varianten aber tatsächlich stark verbreiten sollten, dürfen Schulschliessungen kein Tabu mehr sein», so Wittwer.

Vorderhand konzentriert sich der Verband mit seinen Bemühungen vor allem auf einen besseren Schutz der Lehrpersonen in den Klassenzimmern. Eine Forderung ist etwa, dass Lehrerinnen und Lehrer einen schnelleren Zugang zum Impfstoff erhalten, weil sie in einem exponierten Beruf arbeiten.

Auch was eine Ausweitung der Maskenpflicht für Schülerinnen und Schüler angeht, sei man mit der Bildungsdirektion im Gespräch, so Wittwer. Die Forderung lautet, dass auch Fünft- und Sechstklässler eine Maske im Unterricht tragen müssen.

### Quentin Schlapbach

## «Der Moment ist der richtige»

**Gasches Rücktritt bei der BKW** Alt-BDP-Regierungsrat Urs Gasche verlässt den Verwaltungsrat der BKW.

Verschiedene Komponenten hätten zu seinem Entscheid geführt, sagt Urs Gasche. Dass der Alt-Regierungsrat und Verwaltungsratspräsident auf die Generalversammlung am 7. Mai das Zepher weitergibt, hängt mit seinem Dienstalter und Lebensalter zusammen. Seit fast 20 Jahren ist der 65-Jährige im strategischen Führungsgremium der BKW. Darin eingerechnet ist die Zeit, in der er als damaliger Finanzdirektor den Kanton im Verwaltungsrat vertrat. Seit zehn Jahren amtiert das BDP-Gründungsmitglied als dessen Präsident.

«Grundsätzlich muss man sagen, zehn Jahre sind genug», so Gasche. Es sei daher an der Zeit gewesen, um über einen Rücktritt nachzudenken. «Wir sind sehr gut aufgestellt, liefern gute Resultate, haben den Verwaltungsrat vor mehreren Jah-

ren verjüngt», zählt der scheidende Präsident auf.

Konzernleitung und Verwaltungsrat seien stabil. Suzanne Thoma habe ihm versichert, dass sie keine Absichten hege, das Unternehmen zu verlassen. Der Geschäftsgang lasse eine unmittelbar bevorstehende Krise nicht erahnen. «Der Moment ist der richtige», folgert Gasche. Und er sagt auch: Wäre er fünf Jahre jünger, hätte er wohl andere Schlüsse aus diesen Faktoren gezogen als heute, da er im Pensionsalter ist.

### «Überschaubare Gewässer»

Gasches Platz soll Roger Baillod übernehmen. Der Verwaltungsrat schlägt den 62-jährigen Finanzexperten zur Wahl vor. Diesen Vorschlag unterstützt die Berner Regierung, wie sie mitteilt. Baillod, der während 20 Jah-

ren Finanzchef des Maschinen- und Fahrzeugbauers Bucher Industries war, sitzt seit 2013 im BKW-Verwaltungsrat. Er ist auch Vorsitzender des BKW-Finanzprüfungs- und -Risikoausschusses. Im Juni trat der diplomierte Betriebsökonom und Wirtschaftsprüfer nach zehn Jahren als externes Verwaltungsmittglied des Migros-Genossenschafts-Bunds zurück.

Sein designierter Nachfolger bringe Erfahrung mit und könne «in überblickbaren Gewässern fahren», sagt Gasche, der die treibende Kraft hinter der strategischen Neuausrichtung ist, in deren Rahmen sich die BKW vom AKW Mühleberg trennte und im Dienstleistungsgeschäft international expandierte. Diese Strategie ist grösstenteils umgesetzt.

### Chantal Desbiolles